

ARBEITSGRUPPE "Wirtschaftspolitik"

Ich möchte eingangs auf eine Beobachtung verweisen, die Sie sozusagen als stehende Meinung über die Sozialdemokratie seit vielen Jahren und Jahrzehnten hören können, eine Meinung, die auch gegenwärtig wieder diskutiert wird. Es handelt sich dabei um die Vorstellung, daß es der SPD, verglichen mit anderen Parteien, an wirtschaftspolitischer Kompetenz fehle. Wie immer man den Wahrheitsgehalt dieser Meinung beurteilen mag, es zeigt sich hier eine relativ permanente Wahrnehmung der SPD durch die Öffentlichkeit, für die es eigentlich in der Geschichte dieser Partei nur eine Ausnahmeperiode gab, und das war die Zeit zwischen 1966 bis etwa 1972/73, also die Zeit, in der Karl Schiller Wirtschaftsminister war. Ansonsten wurde und wird der SPD in der Öffentlichkeit ein Defizit an wirtschaftspolitischem Sachverstand beigemessen. Ob diese Wahrnehmung tatsächlich gerechtfertigt ist, werden wir vielleicht noch anhand einer kurzen summarischen Darstellung des neuen wirtschaftspolitischen Leitetrags der SPD zum Münsteraner Parteitag sehen können.

Daß die SPD ihr Schwergewicht traditionell nicht in der Wirtschaftspolitik hat, hängt natürlich mit der Geschichte dieser Partei - ihrer langen Tradition von 125 Jahren, mit den Vorläufern sogar 150 Jahren - zusammen. Diese Tradition war natürlich historisch nicht aus dem Bemühen gespeist, die Wirtschaft per se effizienter zu machen. Das brauche ich im einzelnen nicht auszuführen. Der Ausgangspunkt der SPD oder allgemeiner der Arbeiterbewegung war natürlich der, den ich hier einmal vereinfachend als Elend der Arbeiterschaft im 19. Jahrhundert bezeichnen will. Der Schwerpunkt dieser Bewegung war eindeutig die "soziale Frage", nicht das Bemühen um wirtschaftliche Effizienz.

Zu Beginn wurde die weitgehende Ausblendung praktischer wirtschaftspolitischer Fragen noch dadurch begünstigt, daß sich die SPD zunächst in ihrer Programmatik sehr stark auf die Kritik der politischen Ökonomie von Karl Marx bezogen hat. Und über die kann man vieles - Positives wie Negatives - sagen. Nur eines ist gewiß: Sie ist

kein wirtschaftspolitisches Programm und will es auch nicht sein. Marx hat es ja bekanntlich explizit abgelehnt, "Rezepte für die Garküche der Zukunft" zu schreiben. Mit dieser Festlegung entzog sich zwar Marx ungerechtfertigter Kritik daran, daß er wenig zur praktischen Wirtschaftspolitik beizutragen hatte, aber das praktische Problem blieb - insbesondere für die SPD - offen. Denn eine Partei kann sich nicht so leicht der Frage entziehen, ob sie nicht doch Rezepte für die Garküche der Zukunft schreiben soll, und sei es auch nur, um mit einem derartigen Programm Wähler und damit politischen Einfluß zu gewinnen.

Bis in die Zeit der Weimarer Republik hat sich dieser Zwiespalt bei der SPD niedergeschlagen in einem Festhalten, zumindest auf der Ebene der Programmatik, an einem relativ orthodoxen marxistischen Weltbild, das von der geschichtlichen Notwendigkeit der sozialen Revolution ausging; gleichzeitig aber betrieb die SPD natürlich in den Parlamenten auch praktische Alltagspolitik, die wenig mit der revolutionären Programmatik zu tun hatte. Man hat diese Einstellung der SPD anschaulich als "revolutionären Attentismus" bezeichnet.

Eine Versöhnung des praktischen Alltagsgeschäftes mit der höheren Ebene der Programmatik hat eigentlich erst 1959 in Bad Godesberg stattgefunden. Godesberg wäre sicherlich nicht möglich gewesen ohne die verheerende Niederlage der SPD bei der Bundestagswahl 1957. Diese Niederlage hat denen, die ich jetzt einmal vereinfachend als Marktwirtschaftler in der SPD darstellen will, eindeutig die Oberhand über ihre "planwirtschaftlichen" Gegenspieler gegeben. Man kann das auch im zeitlichen Ablauf nachvollziehen, wenn man bei den vorbereitenden Beratungen zu Godesberg beobachtet, wie sich die personelle Zusammensetzung der Gremien und die Gewichte sehr stark - eben in Richtung "soziale Marktwirtschaft" - verschieben. Verglichen mit anderen Parteien, aber auch mit der etwa in den SPD-regierten Bundesländern seit 1949 praktizierten marktwirtschaftlichen Politik, erfolgte die prinzipielle Anerkennung einer marktwirtschaftlichen

Ordnung und eines reformistischen Kurses innerhalb derselben erst spät, sehr spät, eben mit dem Godesberger Programm von 1959. Die Liberalen hatten es leichter, da sie schon immer Marktwirtschaft auf ihr Programm geschrieben hatten. Auch die CDU hatte ihren Schwenk vom eher planwirtschaftlich orientierten Ahlener Programm von 1947 bis zum stärker marktwirtschaftlich beeinflussten Düsseldorfer Programm von 1949 bereits vollzogen - Übrigens unter dem nachhaltigen Einfluß des späteren Wirtschaftsministers Erhard, der zu Beginn noch gar kein CDU-Parteimitglied gewesen war. Adenauer hat diesen dramatischen Wechsel von Ahlen zu Düsseldorf mit den Worten kommentiert, solche Programme seien ja nicht für die Ewigkeit geschrieben. Nun, die Ewigkeit dauerte in diesem Fall knapp zwei Jahre, und ich will das nicht weiter kommentieren, sondern lieber Frau Merklein Gelegenheit zu einem Kommentar in dieser Frage geben.

Eine zweite methodologische Vorbemerkung bezieht sich auf die grundsätzliche Schwierigkeit, der sich alle Parteien gegenübersehen, nämlich auf das Problem, inwieweit wir Gesellschaft und Wirtschaft in die Zukunft hinein konstruieren können. Marx hat meiner Meinung nach etwas sehr Tiefes gesagt, wenn er schrieb, es sei nicht seine Aufgabe, Rezepte für die Garküche der Zukunft zu schreiben. Ich glaube, das ist letztlich eine liberale Grundüberzeugung. Ein Überzeugter Liberaler wird nie bereit sein, die Gesellschaft vollkommen zu konstruieren. Auch die SPD hat mit ihrem Godesberger Programm sicherlich auf den Versuch und die Versuchung verzichtet, quasi die Gesellschaft auf dem Reißbrett zu entwerfen. Sie ist aber andererseits auch nicht dem ultraliberalen Fehlschluß erlegen, man könne gar keine Leitbilder entwerfen, man könne sich gar keine Gedanken darüber machen, wie eine für richtig gehaltene Vorstellung in die Tat umgesetzt werden soll. Es wurde gestern ja schon gesagt, daß die wirtschaftspolitischen Grundvorstellungen der im Bundestag vertretenen Parteien, vielleicht mit Ausnahme der Grünen, sich auf der Ebene der Programmatik doch in dem Sinne ähnlich sind, daß sie im Prinzip eine gemischte Wirtschaftsordnung für die Bundesrepublik vorsehen; freilich unter-

scheiden sich die Gewichte und die Orientierungen. Und betrachtet man die in den letzten 40 Jahren unter unterschiedlichen politischen Konstellationen praktizierte Wirtschaftspolitik, läßt sich auch kein grundsätzlicher Unterschied auf der Ebene der Pragmatik feststellen. Vielleicht liegt das daran, daß oftmals die FDP sowohl gegenüber der CDU wie auch gegenüber der SPD das "liberale Zünglein an der Waage" gespielt hat. Bei den Grünen gibt es ja noch keine festgefügt wirtschafspolitischen Grundvorstellungen, aber auch dort ist mein Eindruck, daß marktwirtschaftliche Elemente an Bedeutung gewinnen.

Nun ist es sicherlich richtig, daß die SPD - und daran kann man auch Nachwehen ihrer ursprünglich sehr stark marxistisch geprägten Tradition sehen - immer stärker einem, wenn auch nicht umfassenden, Konstruktivismus zugeneigt war, wohl aus der tradierten Vorstellung heraus, daß man politisches Handeln gleichsam über Programme festschreiben und steuern könnte. Das ist eine der Schwierigkeiten, mit denen sich diese Partei herumschlagen muß. Und dies ist auch einer der Punkte, wo ich als Wirtschaftswissenschaftler eine gewisse kritische Differenz oder Distanz sehe zu dieser Partei, der ich selbst angehöre und in der ich auch mitarbeite. Wäre es darum gegangen, einen "knallharten" Vertreter von SPD-Positionen hier zu präsentieren, dann hätte Herr Evers sicherlich jemand anderes finden müssen. Aber für ihn bot es sich natürlich an, mich trotz der ihm zuvor bekannten kritischen Distanz hierher zu bitten, denn ich bin hier gerade um die Ecke in Kassel tätig und zudem diesem Haus als nebenamtlicher Studienleiter verbunden. So hat er gesagt: kommen Sie doch einmal, und ich bin halt gekommen. Aber man hätte natürlich diese Diskussion sicherlich viel kontroverser gestalten können, wenn man an meiner Stelle jemand anderen geholt hätte, der vielleicht diese methodologischen Probleme mit einem konstruktiven Entwurf von Gesellschaft und Wirtschaft, die ich sehe, selbst nicht haben würde.

Ich möchte nun ganz konkret auf den wirtschafts- und beschäftigungs- politischen Leitantrag des Münsteraner Parteitags kommen. Im Rahmen

einer vorbereitenden Kommission habe ich selbst an dem Entwurf mitgewirkt. Der Antrag ist eigentlich relativ einfach gegliedert, und er nimmt den europäischen Binnenmarkt als Ausgangspunkt. Daß man diesen europäischen Binnenmarkt 1992 sozusagen als Voraussetzung und Rahmen der weiteren Politikbereiche gewählt hat, halte ich für ganz richtig, denn damit hat sich die SPD zumindest prinzipiell auf der Höhe der Zeit gezeigt. Sie greift damit Fragen auf, die bereits in anderen Ländern schon sehr viel ausführlicher diskutiert werden, als dies bisher bei uns in der Bundesrepublik der Fall gewesen ist. Man könnte nun vielleicht einwenden - aber das ist nicht meine, sondern eher Frau Merkleins Aufgabe -, daß aus dieser Voraussetzung "Binnenmarkt" wohl nicht in jedem Einzelfall die richtigen Schlüsse gezogen worden sind. Aber grundsätzlich möchte ich feststellen: Die hier erhobene Forderung nach der Verwirklichung des europäischen Binnenmarktes als konzeptionelle Voraussetzung des ganzen Antrags halte ich für einen großen Fortschritt, und es hat mich sehr gefreut, daß man sich auch in Münster dafür entschieden hat. Ich stimme auch vollkommen überein mit der gleichzeitig erhobenen Forderung, daß dieser gemeinsame Markt eben nicht nur eine gemeinsame Wirtschaftsordnung, sondern auch eine gemeinsame Sozialordnung verwirklichen soll. Dieser Meinung ist übrigens auch der EG-Präsident Jacques Delors. Es geht also dabei um die Verwirklichung eines gemeinsamen Binnenmarktes auch auf der Ebene der Arbeitsbeziehungen, der Arbeitsschutzrechte und der Arbeitnehmerpartizipation.

Die zweite Formulierung, daß die nationalen Chancen umfassend genutzt werden sollen, ist zunächst relativ allgemein, wird aber dann doch konkretisiert. Diese Operationalisierung geschieht mit insgesamt wohl acht Forderungen. Die erste Forderung ist dabei ein keynesianisches Sofortprogramm gegen Massenarbeitslosigkeit. Wesentlicher Bestandteil dieses Sofortprogramms ist die Umsetzung des von der SPD ja schon seit längerem in die Diskussion eingebrachten Sondervermögens "Arbeit und Umwelt". Auf dieses umweltpolitische Programm will ich hier nicht im Detail eingehen, sondern nur die Grundidee skizzieren: Über ein staatlich initiiertes Programm und daraus

abgeleitete privatwirtschaftliche Folgemaßnahmen sollen Investitionen in Höhe von insgesamt 20 Milliarden DM jährlich zugunsten der Umwelt mobilisiert werden; der größere Teil der staatlichen Finanzmasse sollen dabei nicht Steuermittel, sondern auf dem Kapitalmarkt aufgenommene Kredite sein. Natürlich: Wer von Ihnen Ökonom ist und in den letzten Jahren Ökonomie studiert hat, dem fällt natürlich an dieser Stelle sofort der Einwand des "crowding out" ein; also die Möglichkeit einer Verdrängung privater durch staatliche Kredite infolge steigenden Zinsniveaus. Diese Frage müßte vielleicht noch diskutiert werden, aber dazu wird ja gegebenenfalls Frau Merklein Stellung nehmen.

Die zweite Forderung, die in der beratenden Kommission auch ganz unstrittig war, zielt auf die steuerliche Entlastung einkommensschwacher Gruppen hin, bei denen die Konsumquote hoch und damit die induzierte Nachfragebelebung besonders ausgeprägt ist. Dabei geht es nicht nur um eine traditionell-keynesianische Vorstellung, sondern auch um eine in der SPD durchgängig vertretene Kritik an der gegenwärtig durchgeführten Steuerreform: So wie diese Steuerreform gegenwärtig praktiziert wird, wird sie von der SPD, aber auch von weiten Teilen der Bevölkerung als ungerecht empfunden. Die Kritik wendet sich nicht dagegen, daß man versucht, durch eine Steuerreform der schleichenden Steigerung des Staatsanteils am Sozialprodukt Einhalt zu gebieten, sondern dagegen, daß man dies zugunsten ohnehin einkommensstarker Gruppen und damit zumindest relativ zu Lasten einkommensschwacher Gruppen tut. Diese Forderung erscheint mir sowohl in wirtschafts- als auch in sozialpolitischer Hinsicht besonders begründet.

Der dritte Punkt des Forderungskatalogs enthält eine "Zukunftsinitiative Montanregionen" und ein "Zukunftsprogramm Küste". Die Einzelheiten dieser beiden Teilprogramme kenne ich nicht. Weitere Elemente sind Mittel für Städtebauförderung, Dorferneuerung, Wohnungsbau und -modernisierung, Energiesparen und Verkehrsverbesserung.

Zum Teil fließen hier Vorstellungen ein, wie sie ja auch jetzt von der Bundesregierung im Zusammenhang mit der Unterbringung von Aus-siedlern formuliert worden sind. Ich denke, in diesem Bereich dürf-te kein entscheidender Differenzpunkt zwischen den beiden großen Parteien zu finden sein.

Als weitere Forderung wird die Entlastung der Gemeinden von Kosten für Sozialhilfeleistungen postuliert. Das ist eine sicherlich be-rechtigte Forderung, die jedoch noch der konkreten Ausgestaltung bedarf, um praktisch umsetzbar zu werden.

Interessant ist der folgende Punkt: Es wird die Einführung einer steuerbegünstigten Investitionsrücklage für kleinere und mittlere Unternehmen gefordert. Während die CDU sich aus der traditionellen Mittelstandspolitik zu verabschieden beginnt, hat nun die SPD ihr Herz für die kleineren und mittleren Unternehmen entdeckt. Das ist ja eine durchaus interessante Gewichtsverschiebung, die hier zu beobachten ist.

Dies ist also das von der SPD geforderte Sofortprogramm; es besteht aus vielerlei Elementen, die sich z.T. auch mit den generellen Zie-len decken, die im grundsätzlichen Teil des Leitetrags formuliert werden. So wird etwa durch dieses Sofortprogramm auch der Leitge-danke der ökologischen Erneuerung der Volkswirtschaft bereits an-gesprochen. Dazu gibt es ja eine Reihe von Vorschlägen im Zusammen-hang mit dem Sondervermögen "Arbeit und Umwelt" einerseits, und andererseits gibt es noch darüber hinausgehende Vorstellungen im Bereich der Umwelt, die insbesondere mit Namen und Person von Volker Hauff verbunden sind.

Eine weitere grundlegende Forderung des Leitetrags, der eine Stär-kung privater und öffentlicher Investitionen verlangt, soll insbeson-dere durch steuerliche Maßnahmen verwirklicht werden. Man denkt vor allem an steuerbegünstigte Investitionsrücklagen, und wie bereits

erwähnt, besonders für kleinere und mittlere Unternehmen. Wenn ich es richtig sehe, gibt es hierbei noch keinen umsetzungsreifen Vorschlag für ein Problem, das natürlich nicht nur innerhalb der SPD diskutiert wird und das im vergangenen Jahr noch von größerer Bedeutung war als gegenwärtig, nämlich: Wie kann man die Unternehmen dazu bringen, daß sie ihre Gewinne nicht in Finanzanlagen, womöglich in den Vereinigten Staaten, investieren, sondern in arbeitsplatzschaffende Projekte? Das ist eine generelle Diskussion und eine weit über die SPD hinaus erhobene Forderung. Aber soweit ich sehe, ist zur Verwirklichung dieser Forderung bisher noch kaum etwas Operationales vorgeschlagen worden.

Der nächste Punkt des wirtschaftspolitischen Leitanspruchs betrifft den Ausbau privater und öffentlicher Dienstleistungen. Auch dies erscheint mir als eine sehr sinnvolle Forderung; nur muß ich darauf hinweisen, daß innerhalb der SPD die Meinungen darüber, inwieweit öffentliche Dienstleistungen vorrangig ausgebaut werden sollten, durchaus nicht ungeteilt sind. Ich habe kürzlich an einer Tagung in Saarbrücken teilgenommen, die Oskar Lafontaine als geschäftsführender Vorsitzender der Programmkommission geleitet hat. Dabei ging es um die Zukunft des Fortschritts. Hier zeigte sich ein sehr breites Meinungsspektrum, als es um die Frage ging, inwieweit man dem skandinavischen Modell - Ausdehnung der öffentlichen Dienstleistungen - folgen soll: Dort wird bekanntlich eine Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch eine Ausweitung der Staatstätigkeit, durch Änderung des Steuerrechts, insbesondere die Abschaffung des Ehegattensplittings, angestrebt. Letzteres bietet Frauen einerseits stärkere Anreize zur Erwerbstätigkeit, und auf der anderen Seite wird dann ein entsprechendes Angebot an Kindertagesstätten, Kinderkrippen usw. mit entsprechenden Arbeitsplätzen in diesem Bereich bereitgestellt, das diese vermehrte Erwerbstätigkeit von Frauen ermöglichen soll. Das ist ja, wenn ich es recht sehe, eine wesentliche Erklärung dafür, daß in den skandinavischen Ländern, insbesondere in Schweden, die Arbeitslosigkeit relativ niedrig gehalten worden ist. Natürlich ist dieser Weg der Ausdehnung öffentlicher Dienstleistungen

mit erheblichen Kosten verbunden, von denen ich nicht weiß, ob sie in der Bundesrepublik politisch getragen werden könnten. Interessant war nun, daß die Meinungen darüber, ob dieses Modell für die Bundesrepublik wünschenswert sei, durchaus geteilt waren: Sie reichten von frenetischer Begeisterung bis hin zu ebenso entschlossener Ablehnung. Da habe ich gemerkt, daß die SPD, zumindest was die Heterogenität der Meinungen in diesem Punkt - Ausweitung der öffentlichen Dienstleistungen - betrifft, eine echte Volkspartei ist. Ich weiß allerdings nicht, ob ich das mit Erleichterung oder Sorge registrieren soll.

Die nächste Forderung verlangt die Neuorientierung der Strukturpolitik. Dazu wird nicht sehr viel gesagt, ich denke jedoch, in diesem Bereich müßte die SPD auch theoretisch weiterarbeiten. Soweit ich die wissenschaftliche Diskussion um Fragen der Strukturpolitik verfolgt habe, sind die Erwartungen, die man in sie Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre gesetzt hat, heute jedenfalls innerhalb der Ökonomie eher bescheidener geworden. Man ist heute etwas skeptischer hinsichtlich der damals vertretenen Vorstellung, daß man eine globale Steuerung durch eine sektoral und regional sehr fein differenzierte Strukturpolitik ergänzen und verstärken könnte. Das heißt natürlich nicht, daß Strukturpolitik keinen Sinn macht; nur muß sie sich der Gefahr bewußt sein, daß sie häufig unter dem Einfluß politischer Interessen von der Strukturgestaltung zur Strukturertaltung verkommen kann.

Für besonders gelungen halte ich den nächsten Abschnitt, der die Qualifizierung der Menschen in der Arbeitswelt betrifft. Federführend in dieser Frage war im wesentlichen die Vizepräsidentin der Bundesanstalt für Arbeit, Frau Ursula Engelen-Kefer. Man merkt hier, wenn Sie mir den Ausdruck gestatten, die Handschrift der Fachfrau. Ich bin in der Tat der Meinung, daß natürlich nicht die Arbeitslosigkeit insgesamt, aber ein doch nicht unerheblicher Teil davon, dadurch beseitigt werden könnte, daß man die Divergenz zwischen dem Qualifikationsprofil der Arbeitskräftenachfrage und des Arbeits-

kräfteangebots verringert. Dies kann durch die hier vorgeschlagenen Qualifizierungsmaßnahmen geschehen. Allerdings muß man sich vor übertriebenen Erwartungen hüten: Nicht 2 Millionen Arbeitslose können auf diese Art und Weise in Lohn und Brot gesetzt werden, sondern vielleicht 200.000 bis 300.000.

Nun kommen wir zum letzten Punkt, der auch in Münster sehr strittig war: Solidarische Arbeitszeitpolitik fortsetzen. Konsens ist, daß dies durch Arbeitszeitverkürzung geschehen soll. Aber wie diese Verkürzung im einzelnen stattfinden soll und insbesondere, ob diese Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich erfolgen soll, das ist recht umstritten. Auch der Begriff des vollen Lohnausgleichs ist bisher in der politischen Diskussion äußerst schillernd gebraucht worden. Fragen Sie zehn Leute danach, was darunter zu verstehen ist, so bekommen Sie mindestens elf Antworten.

Frau Merklein, Sie haben natürlich recht mit Ihrem Zwischenruf, daß dieser Begriff eindeutig definiert ist - aber das gilt nur für die wissenschaftliche, nicht für die politische Diskussion. Ich denke aber - und das ist nun meine persönliche Wertentscheidung -, daß die von Oskar Lafontaine eingenommene Position grundsätzlich sinnvoll ist, wenn er auf folgendes Problem hinweist: Wir müssen uns fragen, wie wir das finanzieren können, wenn wir einerseits Arbeitszeit verkürzen und andererseits den Faktor Arbeit nicht weiter verteuern wollen. Lafontaine hat ja die Idee zurückgewiesen, daß man die Arbeitszeitverkürzung über eine Umverteilung finanzieren soll, von der man ja nicht weiß, wie sie durchzusetzen ist. Deswegen hat er seinen Vorschlag - Entkoppelung von Maschinennutzungs-, Betriebs- und Arbeitszeiten - gemacht, ein Vorschlag, wie diese Finanzierung aussehen könnte. Sein Argument läßt sich also so darstellen: Wenn wir nicht wollen, daß es zu Lohnverzicht kommt, dann müssen wir eben die Rentabilität der Unternehmen durch bessere Maschinennutzungszeiten stärken, damit der Kostenfaktor, der ja in der Arbeitszeitverkürzung steckt, dadurch wieder aufgefangen wird. Lafontaine hat ja darüber hinaus auch ähnlich um-

strittene Vorschläge für den staatlichen Bereich unterbreitet, und zwar zur Frage möglicher Lohnsenkungen bzw. zum Verzicht auf Lohnsteigerungen. Auf diese Vorschläge will ich hier nicht weiter eingehen.

Abschließend möchte ich zur Frage der solidarischen Arbeitszeitpolitik folgendes sagen: Arbeitszeitverkürzung wird als zentrales Mittel gesehen, und ich denke, daß sich trotz der heftigen Auseinandersetzungen, die es in dieser Frage gegeben hat, letztlich die Einsicht durchsetzen wird, daß eine solche Arbeitszeitverkürzung die erhofften positiven Beschäftigungswirkungen nur erbringen kann, wenn an anderer Stelle eine Kostenentlastung stattfinden wird. Insofern muß ich Lafontaine recht geben, zugleich möchte ich aber darauf hinweisen, daß dieser Punkt derzeit in der SPD noch strittig ist.

Man sieht: Dieser Leitantrag ist insgesamt nicht sehr orthodox und enthält auch einige für die Gewerkschaften schwierige Forderungen. Der folgende Abschnitt über die Bedeutung der Gewerkschaften, der die Solidarität der SPD mit den Gewerkschaften zumindest deklamatorisch aufnimmt, ist durchaus als kleines Gegengewicht zu den eher "ökonomistischen" Perspektiven der vorangegangenen Punkte zu verstehen.

Im folgenden wird noch der Ausbau der aktiven Arbeitsmarktpolitik gefordert; das ist aber im Grunde nur die Wiederaufnahme dessen, was schon im Abschnitt über Arbeitnehmerqualifikation postuliert wurde. Zum Schluß geht es dann um die Frage einer solidarischen Finanzierung des Kampfes gegen die Massenarbeitslosigkeit; insbesondere wird eine Sicherung der Finanzierung für die Bundesanstalt für Arbeit verlangt.

Schließlich wird noch die Vorstellung einer Entlastung des Faktors Arbeit, insbesondere der Lohnnebenkosten, durch eine zweckgebundene Energiebesteuerung konkretisiert. Dieser Vorschlag wurde ursprüng-

lich von einer Gruppe von Wirtschaftswissenschaftlern, zu denen ich auch gehörte, im Rahmen des BUND-Arbeitskreises Wirtschaftsfragen erhoben und ist nun inzwischen auch in SPD-Gedankengut eingegangen. Ich nehme an, daß meine Berufung zum Berater der SPD-Kommission für den wirtschaftspolitischen Leitentrag damit zusammenhängt, daß ich an diesem Vorschlag vor über fünf Jahren beteiligt war.

Soviel zu den einzelnen Vorstellungen des wirtschaftspolitischen Leitentrag. Ich möchte das Konzept so zusammenfassen: Die zentralen Instrumente sind sowohl angebots- als auch nachfragepolitischer Natur. Inwieweit sie greifen, muß im einzelnen diskutiert werden. Aus meiner Sicht markieren diese Beschlüsse von Münster schon einen weiteren Schritt der SPD in Richtung einer Anerkennung marktwirtschaftlicher Erfordernisse. Wie ich eingangs erläutert habe, hatte es die SPD aus ihrer Entstehungsgeschichte nicht ganz leicht, einen derartigen Schritt zu vollziehen. Für umso bedeutender halte ich es, daß sie ihn zumindest auf der Ebene der Programmatik getan hat. Ich will nun an dieser Stelle abbrechen, um Frau Merklein die Gelegenheit zur ihren Kommentaren zu geben.

Anm. des Hrsg.:

Der Beitrag von Frau Dr. Merklein lag bei Redaktionsschluß nicht vor.

Antwort auf das Votum von Frau Dr. Merklein

Ich möchte zu einigen Punkten von Frau Merklein Stellung nehmen. Kurz zu der Frage der wirtschaftspolitischen Kompetenz der SPD in historischer Perspektive: Ich habe die Zeit der 20er Jahre deswegen bewußt herausgelassen, weil damals die SPD zwar mit Hilferding einen fähigen Finanzminister in der Reichsregierung gestellt hat; aber der theoretische Stand der wirtschaftspolitischen Diskussionen ist doch recht wenig entwickelt gewesen. Das können Sie z.B. an der damals geführten und durchaus interessanten Diskussion um Wirtschaftsdemokratie innerhalb des ADGB und der SPD sehen: Dort wird zuviel Gewicht auf die Zusammensetzung irgendwelcher Gremien gelegt und der Frage zuwenig Beachtung geschenkt, wie diese wirtschaftsdemokratische Ordnung in der Realität funktionieren soll.

Als Datum für den allmählichen Verlust der wirtschaftspolitischen Kompetenz in den Augen der Öffentlichkeit habe ich bewußt nicht das Jahr des Regierungswechsels 1982, sondern bereits 1972 gewählt. Das hat nämlich genau mit dem Thema von Frau Merklein zu tun und wo ich ihr auch bis zu einem gewissen Grade recht geben muß: mit dem Übergang von den keynesianischen Bedingungen einer Wirtschaftspolitik zu den nicht-keynesianischen Bedingungen. Dieser Wechsel setzt meiner Meinung nach ein im Winter 1973/74 mit der ersten OPEC-Krise. (Zustimmung von Frau Merklein). Daß man die grundsätzlich veränderten Bedingungen damals nicht richtig erkannt hat, ist nicht der SPD allein anzulasten. Tatsächlich fand damals sozusagen ein Wohlfahrtstransfer von den Verbrauchern in den Industrieländern zu den erdölexportierenden Ländern statt. Man hat zunächst die daraus entstehenden Probleme, insbesondere das Ansteigen der Arbeitslosigkeit, mit keynesianischen Rezepten bekämpft, aber das konnte nicht gelingen, weil eben die von Keynes vorausgesetzten Bedingungen nicht vorlagen. So sehr ich auch sonst meine eigene Partei kritisiere, muß ich sie wirklich in Schutz nehmen insofern, als das zunächst eigentlich niemand richtig gesehen hat.

Die Kritik an der traditionellen Fiskalpolitik begann, wenn ich mich recht entsinne, erst Mitte der 70er Jahre, als man zu erkennen begann,

daß diese Politik nur zur Stagnation führen würde. Das zeigte natürlich auch, daß es in der Folge von OPEC I keine keynesianischen Voraussetzungen einer Wirtschaftspolitik mehr gegeben hat. Aus diesem Grunde habe ich also den Schnitt in die Jahre 1972 oder 1973 gelegt. Es hat also nicht nur mit dem Weggang von Schiller und Möller aus der Bundesregierung zu tun, sondern vor allem mit einer Veränderung der objektiven Situation. Zusammenfassend: Die Globalsteuerung der Jahre 1965/66 war ein durchaus brauchbares Konzept, aber es war für die spätere Situation nicht mehr angemessen. Daß man sie gleichwohl anwandte, wurde damals zunächst allgemein unterstützt, selbst von so lupenreinen Marktwirtschaftlern wie dem heutigen Staatssekretär im Wirtschaftsministerium Otto Schlecht. Daß man diese Situation zunächst falsch eingeschätzt hat, geschah seitens aller Parteien, nicht nur der SPD.

Natürlich stellt sich hier die grundsätzliche Frage: Was tun wir wirtschaftspolitisch, wenn es zu so erheblichen Transfers von Wohlfahrt zwischen verschiedenen Ländern kommt? Wie verhalten wir uns gegenüber riesigen Verschiebungen im Wohlstandsniveau verschiedener Nationen? In den letzten Jahrzehnten ist klargeworden, daß das vielgerühmte deutsche Wirtschaftswunder nicht nur aus den positiven Anreizwirkungen einer Marktwirtschaft, sondern auch aus zwei bedenklicheren Quellen finanziert war, und zwar schon zu den Zeiten von Ludwig Erhard, nämlich einmal aus einem Exportüberschuß, der durch einen zu niedrig fixierten Wechselkurs der DM gestützt war - eine aus der Sicht der Wohlfahrtstheorie durchaus bedenkliche Entwicklung. Insofern geht ein Teil unserer heutigen wirtschaftspolitischen Probleme bereits auf das Konto der alten CDU-Zeiten vor 1966; ich denke, wir sind uns da einig. Die zweite bedenkliche Quelle, jedenfalls aus meiner Sicht, ist die Finanzierung des Wirtschaftswachstums durch einen zu niedrigen Energiepreis, insbesondere bis 1973/74 einen zu niedrigen Erdölpreis. Danach gelang es infolge einer speziellen Bedingungskonstellation in den OPEC-Ländern, den Preis für einen ganz wichtigen primären, wohlfahrtsbestimmenden Input, eben das Erdöl, drastisch zu erhöhen. Man muß sich hier klarmachen, daß man bis Mitte der 70er

Jahre eine deutliche Korrelation feststellen konnte - einfacher ausgedrückt: einen statistischen Zusammenhang - zwischen den Pro-Kopf-Einkommen und dem Energieverbrauch pro Kopf, und zwar nicht nur in der Bundesrepublik, sondern in praktisch allen westlichen Industrieländern. Daß der Energieverbrauch in den östlichen Ländern auch hoch war, darüber will ich jetzt nicht weiter sprechen; auf jeden Fall hat das mit der Verschwendung in solchen Planwirtschaftssystemen zu tun.

Zusammenfassend möchte ich sagen, daß das wirkliche Problem der Wirtschaftspolitik der SPD, die damals wirtschaftspolitische Verantwortung getragen hat, darin bestand, daß sie erstens die Veränderung der Bedingungen, insbesondere durch OPEC I (1973/74) und später OPEC II (1978/79), nicht erkannt hat und daß sie zweitens auch keine angemessenen Vorstellungen über eine veränderte Wirtschaftspolitik hatte. Auf Wohlstandstransfers einer derartigen Größenordnung war sie nicht vorbereitet. Die Frage ist, ob es die CDU gewesen wäre. Sozialpolitisch ergab sich dabei auch das Problem, wer die Kosten dieses Wohlfahrts-transfers tragen sollte. Diese Frage ist natürlich für die SPD aus historischen Gründen politisch sehr schwierig gewesen. Sollte sie sagen: die erforderlichen Anpassungslesten soll der Arbeitsmarkt tragen? Das war ja natürlich damals die liberale Empfehlung, aber eine Empfehlung, gegen die man eine Reihe von Einwendungen erheben sollte. Man kann nicht erwarten, daß ein Markt allein - der Arbeitsmarkt - alle Anpassungslesten aus einer grundsätzlichen Verschiebung der primären Inputpreise tragen soll; noch weniger kann man erwarten, daß eine Partei wie die SPD eine solche Politik durchsetzen kann. Das ist ein Punkt, den wir vielleicht in der Diskussion noch einmal aufgreifen können.

Natürlich ist klar, daß damals auch der Arbeitsmarkt seinen Beitrag hätte leisten sollen. Ich bezweifle allerdings, ob dieser Markt allein für alle Fehlentwicklungen verantwortlich gemacht werden kann, wie dies gern aus liberaler Perspektive geschieht. Aufgrund der historischen Verbindung mit den Gewerkschaften, auf die Frau Merklein hingewiesen hat, befand sich natürlich vor allem die SPD in einer

schwierigen Lage; für dieses Problem sehe ich auch keine grundlegenden Lösung. Selbstverständlich ist unter allen Wirtschaftsfachleuten unbestritten, daß es einen Zusammenhang geben muß zwischen dem Preis für verschiedene Arten von Arbeit und dem Umfang der Beschäftigung. In dieser Hinsicht unterscheidet sich Arbeit nicht von anderen Faktoren. Aber ich kann mich nicht auf die liberale Position zurückziehen, derzufolge Arbeit eine Ware wie jede andere ist. Hier geht es auch um das Problem der menschengerechten Gestaltung der Arbeit, und in der Betonung dieses Punktes mögen Sie meine sozialdemokratische Grundeinstellung erkennen. Nochmals: Ich halte die liberale Analyse, derzufolge alle Fehlentwicklungen dem Faktor Arbeit zuzuschreiben sind, für sachlich unrichtig, und ich denke auch, daß diese einseitige Schuldzuweisung nicht zum sozialen Frieden beigetragen hat.

Frau Merklein hat völlig recht, wenn sie sagt, daß Arbeitszeitverkürzung ein defensives Konzept ist. Das heißt aber nicht, daß dieses Konzept schlecht ist. Es bedeutet nur, daß wir über Arbeitszeitverkürzungen nicht das ganze Problem der Arbeitslosigkeit lösen können. Ein einfaches wohlfahrtstheoretisches Argument kann verdeutlichen, warum Arbeitszeitverkürzung durchaus sinnvoll ist: Es ist offenkundig, daß wir in unserem System der sozialen Marktwirtschaft, das ja auch Frau Merklein nicht grundlegend in Frage stellen will, gegenwärtig das Problem der Arbeitslosigkeit so lösen, daß die Arbeitsplatzbesitzer den Unterhalt für die Arbeitslosen indirekt über das Sozialleistungssystem, das seinerseits aus Steuern gespeist wird, finanzieren müssen. Arbeitslosigkeit läßt sich wohlfahrtstheoretisch als Zustand auffassen, in dem es Menschen verwehrt ist, selbst durch eigene Leistung zur Erstellung eines Sozialprodukts beizutragen, aus dem sie schließlich ja dann doch als Arbeitslose über das Sozialleistungssystem versorgt werden müssen. Arbeitszeitverkürzung kann in diesem Sinne einen sehr sinnvollen, solidarischen Ausgleich von Über- und Unterbeschäftigung zwischen verschiedenen Gruppen darstellen. Dies ist auch ein wichtiger Beitrag im Sinne dessen, was Frau Merklein an-

geführt hat: im Sinne menschlicher Selbstachtung. Es ist sinnvoll, Leute in Arbeit und Brot zu bringen, es ihnen zu ermöglichen, zu ihrem Lebensunterhalt selbst beizutragen, da sie ja andernfalls von den Arbeitsplatzbesitzern, wie dargelegt, indirekt finanziert werden müßten. Dies geschähe eben dann über höhere Steuern und Abgaben. Deshalb ist Arbeitszeitverkürzung ein durchaus brauchbares Instrument, wenn auch kein Allheilmittel. Natürlich stellt sich bei Arbeitszeitverkürzung die Frage nach den Kostenbelastungen; die Vorschläge von Lafontaine und anderen, darauf habe ich bereits hingewiesen, laufen ja letztlich darauf hinaus, die Kosten von Arbeitszeitverkürzungen durch verbesserte Maschinennutzungszeiten und damit günstigere Kostenbedingungen aufzufangen. Arbeitszeitverkürzung kann natürlich nur einen positiven Beitrag leisten, wenn sie insgesamt die Kosten nicht erhöht; anderenfalls gibt es Anreize zum Ersatz menschlicher Arbeit durch Maschinen und Energie. Würde Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich ohne Entlastung der Unternehmen an anderer Stelle durchgeführt, dann würde - da sind wir uns einig - der Gewinn aus einer Rationierung der Arbeitszeit wieder durch die Verdrängung von Arbeit durch Nichtarbeitsinputs verlorengehen. Aber deswegen denke ich, daß Überlegungen darüber, wie man eine Arbeitszeitverkürzung kostenneutral macht, durchaus sinnvoll sind; insofern muß ich Oskar Lafontaine zustimmen.

Es ist ganz klar, daß die Frage des Preises von Arbeit gestellt und beantwortet werden muß. Nur denke ich, diese Frage hat nichts mit SPD und nichts mit FDP und auch nichts mit CDU oder sonst einer Regierung zu tun, sondern einfach damit, daß wir aus gutem Grunde nicht durch staatliche Wirtschaftspolitik die Preise für Faktoren fixieren, also auch nicht den für den Faktor Arbeit. Das ist ja auch ein demokratischer Grundkonsens. Ich denke, wir beide sind uns wohl darin einig, daß diese Frage letztlich allein durch die Tarifparteien entschieden werden kann. Was Politik und Wissenschaft tun können, ist nur dies, daß die Tarifpartner auch auf ihre beschäftigungspolitische Verantwortung hingewiesen werden. Aber hier der SPD eine Sonderschuld zuzuweisen, halte ich für unsinnig, da sie eben

überhaupt keine Arbeitsmarktpartei ist - so wenig wie die CDU oder die FDP. Daß die SPD größere Schwierigkeiten hat als die FDP oder Union, über das Spreizen der Löhne zu sprechen oder über die Möglichkeit von Lohnsenkungen oder geringere Lohnsteigerungen, das ist historisch verständlich, hat aber eigentlich wenig mit unserer Frage der wirtschaftspolitischen Kompetenz zu tun.

Um es zusammenzufassen: Programmatische Erklärungen von Parteien sind nicht entscheidend für das, was auf dem Arbeitsmarkt durch die Tarifparteien vereinbart wird. Insofern sehe ich zwar das Problem, halte es aber für keine eigentliche Frage der Wirtschaftspolitik. Die SPD hat nicht die Arbeitslosigkeit dadurch verschuldet, daß sie nicht so laut wie andere sagt, daß Löhne auch einen Einfluß auf die Beschäftigung haben. Hier handelt es sich dann eher um eine symbolische Diskussion. Und ich als Wissenschaftler habe natürlich keine Schwierigkeit, auch öffentlich darauf hinzuweisen, daß die Höhe der Löhne neben anderen Faktoren einen Einfluß auf den Beschäftigungsumfang hat.

Nun sagen Sie natürlich zu Recht: Es gibt ja nicht nur Lohnkosten, sondern es gibt eben auch Kostenäquivalente für arbeitsrechtlichen Schutz. Dazu möchte ich zweierlei feststellen: Erstens einmal ist natürlich in der Marktwirtschaft nichts umsonst, auch nicht der von uns politisch gewollte Schutz menschlicher Arbeitskraft. Dieser Schutz menschlicher Arbeitskraft, auch durch Gesetze, ist demokratischer Grundkonsens in unserem Lande. Die Frage lautet also nicht: sollen wir die menschliche Arbeitskraft schützen, sondern: finden wir Wege, den Schutz menschlicher Arbeitskraft in einer Weise durchzuführen, daß die daraus entstehenden Kosten für den einzelnen und für die Gesellschaft insgesamt möglichst niedrig sind. Natürlich ist auch hier der Gesetzgeber im Obligo; nur hat 1972, als das Betriebsverfassungsgesetz verabschiedet wurde, kein Mensch daran gedacht, daß es zu den von Ihnen erwähnten Extremfällen beim Sozialplan kommen würde. Nun hat die Praxis daraus ja auch gelernt, und solche Extremfälle finden sich heute nicht mehr. Die Beispiele, auf die Sie sich beziehen, fanden Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre statt; im

Augenblick sehe ich keine derartigen Extremfälle.

Sie haben generell das Feld der industriellen Beziehungen in Ihrer Replik angesprochen. Dazu möchte ich nur folgendes sagen: Natürlich ist der Schutz menschlicher Arbeitskraft, wie wir ihn ja auch gesellschaftlich und politisch wollen, nicht kostenlos. Ich bin der letzte, der dagegen wäre zu fragen: Gibt es nicht bessere Formen als die gegenwärtig praktizierten? Wogegen ich mich wehre, und das hängt eindeutig mit meiner normativen Grundorientierung zusammen, sind Feststellungen wie diejenigen, die ich jetzt wieder bei der Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik in Freiburg von extremen Liberalen gehört habe: Nach deren Auffassung ist der Arbeitsmarkt ein ganz gewöhnlicher Markt wie jeder andere, wie ein Markt für Kartoffeln, möglichst ohne jeden Schutz menschlicher Arbeitskraft. Daß eine derartige Position in der Praxis den sozialen Frieden stören würde, behaupten nicht nur die Gewerkschaften, sondern das sehen die Arbeitgeber im Prinzip genauso. Ich halte es für sehr viel sinnvoller, der Frage nachzugehen, ob es nicht angemessenere und auch gerechtere Formen des Schutzes menschlicher Arbeitskraft geben könnte als gegenwärtig. Aber gerade dieser Sozialplanexzeß, über den Sie gesprochen haben, ist schon eher Historie. Auf der anderen Seite muß man sehen: Es gibt natürlich auch positive Beiträge des Arbeitsschutzes in Form von verminderten Konfliktkosten. Diese Kosten muß man auch bei einer ökonomischen Betrachtung dem von ultraliberaler Seite geforderten "Arbeitsmarkt-Wild West" gegenüberstellen. Es ist nicht ganz ohne Grund, daß das deutsche System der Sozialbeziehungen international ja durchaus nicht ohne Anerkennung betrachtet wird, obwohl es natürlich auch seine Kosten und Kostenäquivalente hat. Ich möchte jetzt nicht darauf eingehen, was Frau Merkles über die Kapitalanlagen in den USA gesagt hat, denn dann müßte man sehr ausführlich auf die Haushaltsverschuldung und die Zinspolitik in den Vereinigten Staaten eingehen. Das will ich jetzt nicht tun, sondern lieber mehr Zeit für die allgemeine Diskussion geben.